

Thesen
zur Intensivierung
eines unverzichtbaren
Dialoges

Zur Politikfähigkeit des „C“ und zur „C“-Fähigkeit der Politik

Friedrich Kronenberg

Bleibt das „C“, dem die Unionsparteien die Grundlagen ihrer politischen Programmatik verdanken, auch zukünftig politikfähig? Es ist sicherlich unverzichtbar, dass in der Grundsatzarbeit der Unionsparteien die Politikfähigkeit des „C“ immer erneut unter Beweis gestellt wird, indem das Politikverständnis, das Verständnis von Staat und Gesellschaft, das Menschenbild sowie die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens aus der Sicht christlicher Ethik begründet werden. Entscheidend wird aber auf Dauer sein, wie die Kirchen die Frage nach der Politikfähigkeit des „C“ beantworten. Ist die Beobachtung richtig, dass sich in beiden großen Kirchen eine Verstärkung des Trends abzeichnet, mit dem „C“ nicht politisches Handeln zu begründen, sondern allenfalls politisches Handeln kritisch zu begleiten? Für die katholische Kirche, auf die sich die folgenden Ausführungen beschränken werden und die im Unterschied zur evangelischen Kirche lange einem solchen Trend Widerstand geleistet hat, scheint insgesamt eine Verstärkung des Trends weg vom politischen Handeln und hin zum kritischen Begleiten des politischen Handelns feststellbar zu sein. So wird beispielsweise vorgeschlagen, die „C“-Parteien sollten auf das „C“ in ihrem Namen verzichten, statt dass man sich der Mühe unterzieht, Beiträge zur christlichen Begründung politischen Handelns zu formulieren; es wird das unbegrenzte Nachzugsrecht ausländischer Kinder zu ihren Familien gefordert, statt durch Begrenzung des Nachzugsalters dafür zu

sorgen, dass die Kinder rechtzeitig zu ihren Familien kommen und so größere Integrationschancen in der Gesellschaft haben; es wird mit Recht eine Politik des Friedens verlangt, aber es wird nur unzureichend die Bedeutung militärischer Gewalt zur Bewahrung oder zur Wiederherstellung des Friedens zur Kenntnis genommen sowie die Bedeutung europäischer und atlantischer Gemeinschaft beachtet; es wird gelegentlich politisches Handeln durch Politisieren ersetzt, wenn etwa der Boykott amerikanischer Waren gefordert wird.

Natürlich bedarf politisches Handeln der kritischen Begleitung, auch der kritischen Begleitung im Namen des „C“. Aber wenn Christen politisch handeln wollen, dann haben sie keine andere Möglichkeit, als ihr *Handeln* christlich zu begründen. Denn Christ-Sein ist kein Rollenspiel, sondern eine Weise menschlicher Existenz. Wenn sich Christen zusammentun und die Programmatik ihres politischen Handelns unter den Anspruch des „C“ stellen, dann ist das nicht ihre Privatsache, es ist vielmehr Kirchensache, Ausdruck der Tatsache, dass sie gemeinsam ein Teil der Kirche sind.

Tatsächlich hat die katholische Kirche auch immer die letzte Interpretationshoheit über das Christliche, über das „C“, beansprucht. Für sie war und ist die „kirchliche Vermitteltheit“ des Christlichen unverzichtbar. „Wesentlich für das Katholische ist, dass es an der kirchlichen Vermitteltheit des Christlichen festhält [...] Das Wesen des Katholischen ist die

Vermittlung“ (Walter Kasper). Die Vermittlung des „C“ in die Sachbereiche unserer Welt ist also eine kirchliche Aufgabe.

Dem Anspruch stellen

Es steht aber nicht nur die Politikfähigkeit des „C“ zur Diskussion, sondern auch die „C“-Fähigkeit der Politik. Dabei ist weniger an die Politiker und die Parteien zu denken, die nicht nach einer christlichen Begründung der Programmatik ihres politischen Handelns fragen, sondern vielmehr an die Politiker und Parteien, die sich ausdrücklich unter den Anspruch des „C“ stellen. Zum Anspruch aus innerer Überzeugung muss die praktizierte Fähigkeit hinzukommen, das eigene politische Handeln unter der Maxime des „C“ zu erläutern, und zwar so, dass es auch über die eigene Partei hinaus Christen überzeugt, ja Christen für gemeinsames Handeln gewinnt. Dazu bedarf es einer Reflexion über das Christliche in der Politik, die in den „C“-Parteien nur unzureichend anzutreffen ist. Natürlich gibt es auch hier positive Beispiele: etwa die religiösen Besinnungstage für Politiker zu Anfang eines jeden Jahres in Maria Laach. Parteiamtlich lässt sich eine solche für notwendig erachtete Reflexion ohnedies kaum bewerkstelligen.

Trotzdem: Wer sein politisches Handeln unter dem Anspruch des „C“ erläutern und Christen für ein gemeinsames politisches Handeln gewinnen will, muss mehr tun, als seinem „christlichen Bekenntnis“ ärgerliche Ausführungen darüber folgen zu lassen, dass ein für richtig erkanntes politisches Handeln nur gegen den Widerstand der eigenen Kirche durchzusetzen war. Im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt wurden die kirchlichen Aussagen zu Krieg und Frieden nicht in ähnlicher Weise ernst genommen, wie das in der Diskussion über den NATO-Doppelbeschluss vor zwanzig Jahren der Fall war. Damals hat die Partei die Berg-

predigt nicht ins politische Niemandsland verwiesen, sondern als Stachel und Widerspruch auch politisch ernst genommen und sich um richtige verantwortungsethische Antworten bemüht. Nur so wird man dem „C“ gerecht, wenn es ein Anspruch sein soll.

Wenn es nicht gelingt, politisches Handeln sowohl in der Kirche als auch in der Partei unter dem Anspruch des „C“ zu begründen und überzeugend zu erläutern, dann dürfte es auf Dauer kaum gelingen, programmatisch eine Politik zu konzipieren, die Ausdruck christlicher Verantwortung ist.

Thesen zur Diskussion

Die Frage nach der Politikfähigkeit des „C“ und nach der „C“-Fähigkeit der Politik bedarf einer gründlichen Diskussion sowohl innerkirchlich als auch innerparteilich. Im Folgenden sollen einige Thesen aus katholischer Sicht formuliert werden, die in einer solchen Diskussion aufgegriffen werden sollten. Es handelt sich um vorläufige und sicherlich auch unvollständige Thesen. Sie bedürfen der Ergänzung und auch des Widerspruches. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, entsprechende Thesen auch aus parteipolitischer Sicht zu formulieren, damit ein fruchtbarer Dialog geführt werden kann.

1. Das „C“ in der Politik ist keine Doktrin, sondern die durch Christen bezeugte Botschaft des Evangeliums, die sich auch in der Schöpfungsordnung widerspiegelt und die sich in bestimmten Werten und Haltungen der Zeugen dieser Botschaft manifestiert. Dieses christliche Zeugnis gewinnt in dem Maße an Überzeugungskraft, wie es von den einzelnen Christen authentisch gelebt und – kirchlich vermittelt – von der Gemeinschaft der Christen zur Grundlage gemeinsamen öffentlichen Wirkens gemacht wird.

2. Das durch Christen repräsentierte „C“ in der Politik verträgt sich weder mit dem Gedanken der Fixierung auf eine be-

stimmte politische Partei noch mit dem Gedanken der Äquidistanz zu den politischen Parteien.

Die Fixierung auf ausschließlich eine Partei widerspricht dem Selbstverständnis von politischen Parteien im demokratischen Staat, weil diese Parteien im Rahmen ihres Beitrages zur politischen Meinungs- und Willensbildung so offen sein müssen, wie es zur Bildung notwendiger politischer Mehrheiten erforderlich ist. Diese Fixierung widerspricht aber auch dem Selbstverständnis des Christen, der Gemeinschaft der Christen und der Kirche; das christliche Zeugnis und die damit verbundene christliche Sendung beziehen sich im Kontext eines katholischen Grundverständnisses von Kirche prinzipiell auf das Ganze, und das heißt bei den parteipolitischen Gegebenheiten unserer Tage, dass die Konzentration ausschließlich auf eine Partei eine unzulässige Beschränkung des Zeugnisses und der Sendung beinhaltet. Der Gedanke der Äquidistanz ist unchristlich und unpolitisch zugleich. Unchristlich ist der Gedanke der politischen Distanz, weil es dem christlichen Weltauftrag widerspricht, zur Politik auf Distanz zu gehen. Unpolitisch ist der Gedanke des gleichen Abstandes zu den einzelnen Parteien, denn ein gleicher Abstand zu den politischen Parteien führt im Ergebnis zu einer politischen Fremdbestimmung der Christen beziehungsweise der Kirche. Die (passive) Position des gleichen Abstandes ist lediglich das Resultat aus den Positionen, die die Parteien ihrerseits für sich gesetzt haben. Aber der politische Unfug der Äquidistanz kommt für Christen schon deshalb nicht in Betracht, weil bereits der Gedanke der politischen Distanz christlich gesehen verfehlt ist.

3. Die prinzipielle Offenheit des Christen und der Kirchen gegenüber politischen Parteien ist keineswegs unkritisch und beliebig. Zu Parteien, die dem christlichen Verständnis des Menschen

wie der politischen Verantwortung in grundlegenden Fragen widersprechen (zum Beispiel PDS, NPD, DVU und so weiter) ist politische Distanz geboten. Die grundsätzliche Haltung des Christen, auf die Parteien zuzugehen, verträgt sich durchaus mit differenzierenden Gesichtspunkten. So ist der Christ zum Beispiel in besonderer Weise von einer Partei herausgefordert, die sich ausdrücklich unter den Anspruch des „C“ stellt und damit das „C“ mit ihrem Selbstverständnis, mit ihrem politischen Programm und mit ihrem politischen Handeln verbindet.

4. Allerdings zeichnen sich die Christen heute nicht gerade dadurch aus, dass sie offensiv auf politische Parteien zugehen. Auch Christen sind durch die weit verbreitete Zuschauer- und Konsumentenhaltung in unserer Gesellschaft infiziert. Bei ihnen ist ebenfalls das Politisieren stärker ausgeprägt als das parteipolitische Engagement. Die Bereitschaft zu diesem Engagement zu erhöhen ist daher eine wichtige Aufgabe der Christen und der Kirchen, eine Aufgabe, die sich aus dem christlichen Selbstverständnis konsequent ergibt.

Soziales Engagement, Subsidiarität und gelebter Glaube

5. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, dass Christen sich in vielfältiger Weise in Gesellschaft und Staat für das Gemeinwohl einsetzen. Die Lebensfähigkeit der Demokratie hängt wesentlich von ihren personellen Ressourcen ab. Christen stärken durch ihr gesellschaftliches und politisches Engagement die personellen Grundlagen der Demokratie. Bei diesem Engagement ist insbesondere an die Sozialverbände, die Caritasorganisationen, die Frauenverbände, die Jugendverbände, aber auch an viele andere mehr zu denken. Gleiches gilt für neu entstandene Formen gesellschaftspolitischen Engagements im Umkreis von Laienräten, Aktionen, Werken und Initia-

tiven, die sich konkreten Aufgaben widmen: Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, Solidarität beim Aufbau in Mittel- und Osteuropa, Hilfe für Familien, Kinder, Behinderte, Ungeborene und Senioren. Das alles trägt dazu bei, dass die Demokratie an ihrer Basis lebendig bleibt und dass das „C“ in der Politik eine Chance hat.

6. Für einen demokratischen Staat ist die Beachtung des Prinzips der Subsidiarität im Verhältnis von Staat und Gesellschaft unverzichtbar. Subsidiarität ermöglicht erst Solidarität in Freiheit. Christliche Organisationen und Einrichtungen tragen erheblich dazu bei, dass das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und damit das Verhältnis des Staates zu seiner eigenen Basis nach dem Ordnungsprinzip der Subsidiarität gestaltet werden kann. Sie nehmen zu einem beachtlichen Teil öffentliche Aufgaben wahr: Bildung, Weiterbildung, Ausbildung, Gesundheitsdienst, vielfältige soziale Dienste im eigenen Land und weltweit. Sie tragen damit der Tatsache Rechnung, dass in einer Demokratie und in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung die öffentlichen Aufgaben nicht alle auch Staatsaufgaben sind. Denn der Staat trägt zwar die Verantwortung dafür, dass die öffentlichen Aufgaben wahrgenommen werden und dass sie erfüllt werden können, er kommt aber dieser Verantwortung dadurch nach, dass er vor allem die gesellschaftlichen Kräfte, die sich diesen Aufgaben stellen, unterstützt und fördert und sich selbst auf die öffentlichen Aufgaben konzentriert, die ohne Handeln des Staates unerfüllt blieben oder die ihrer Natur nach Staatsaufgaben sind. Kirchliche und christliche Strukturen in der Gesellschaft stärken die Gesellschaft als Basis der Demokratie im Staat.

7. Unser Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann (Ernst-Wolfgang Böckenförde). Wenn Christen sich gesellschaftlich und poli-

tisch engagieren und wenn dieses Engagement aus christlicher Verantwortung und Überzeugung geschieht, dann verbinden sich mit diesem Engagement christliche Werte und Haltungen, die maßgeblich zur Schaffung der Voraussetzungen beitragen, von denen der Staat lebt, die er aber selbst nicht garantieren kann.

Höchste Werte und Grundwerte, die sich mit dem „C“ in der Politik verbinden, wie Menschenwürde, Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Subsidiarität, Verantwortung für das Gemeinwohl, Recht auf Leben bleiben bei aller verfassungsrechtlichen Verankerung nur dann lebendig, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv dafür einsetzen. Was Christen durch ihr Engagement für diese Werte seit der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 in der Frankfurter Paulskirche über die Weimarer Verfassung, das Bonner Grundgesetz und die politische Ordnung eines vereinten Europa ordnungspolitisch wie im alltäglichen politischen Wirken investiert haben, hat für das Verhältnis von Kirche beziehungsweise Christen und Demokratie größere praktische Bedeutung als kirchliche Lehrsätze mit ihrer oft wechselvollen und auch widersprüchlichen Geschichte. Je mehr Christen durch ihr konkretes Engagement in Gesellschaft und Staat überzeugend für christliche Grundwerte, also für das „C“ in der Politik eintreten, desto mehr leisten sie einen Beitrag zum Grundwertekonsens und zur Grundwertebasis, die für den Staat unverzichtbar sind.

Katholisches Selbstverständnis und Zeitbezug

8. Die Entwicklungen im Selbstverständnis der katholischen Kirche beeinflussen die politische Wirksamkeit des Katholizismus in der Demokratie und für die Entfaltung einer demokratischen Staatsordnung. Der Katholizismus im 19. und

20. Jahrhundert verstand sich dem seinerzeitigen Kirchenverständnis entsprechend nicht als Kirche; sein Handeln war demzufolge nicht unmittelbar kirchliches Handeln. Die Verbände, Organisationen, Einrichtungen und Initiativen verstanden sich als Vereinigungen von Katholiken auf der Basis des bürgerlichen Koalitionsrechtes. Sie verstanden sich nicht als kirchliche Gebilde, sie verstanden sich bestenfalls als Bollwerk der Kirche in einer Umbruchsituation der Gesellschaft, in der unmittelbar kirchliches Wirken im herkömmlichen Sinne immer weniger möglich war. Der Versuch Roms, aber auch kirchlicher Amtsträger in Deutschland, das eigenständige Handeln von Gruppierungen und Einrichtungen deutscher Katholiken dadurch an die Kirche zurück zu binden, dass sie als katholische Aktion gleichsam zum verlängerten Arm der Hierarchie werden sollten, scheiterte am entsprechenden Widerstand. Man betrieb sich auf das bürgerliche Koalitionsrecht und setzte dem Modell der *actio catholica* das Modell der *actio catholicorum* entgegen.

Erst das II. Vatikanische Konzil gibt mit seinem Verständnis der Kirche als Volk Gottes Raum für ein eigenständiges soziales und politisches Handeln der Christen im Rahmen der Kirche selbst. Die Dogmatische Konstitution über die Kirche *Lumen gentium* (LG), die Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute *Gaudium et spes* und das Dekret über das Laienapostolat *Apostolicam actuositatem* sprechen dem gesellschaftlichen und politischen Handeln von Christen kirchliche Qualität zu, wenn und soweit dieses aus christlicher Verantwortung und Überzeugung geschieht. „Das Apostolat der Laien ist Teilnahme an der Heilsendung der Kirche selbst. Zu diesem Apostolat werden alle vom Herrn selbst durch Taufe und Firmung bestellt“ (LG 33). So werden sie „des priesterlichen, prophetischen und königlichen Amtes

Christi auf ihre Weise teilhaftig“ (LG 31). Auf der Basis eines neu formulierten kirchlichen Koalitionsrechtes handeln katholische Christen unmittelbar als Kirche, wenn auch nicht im Namen der Kirche, was nur unter der Leitungsverantwortung des kirchlichen Amtes möglich wäre.

Eine als Volk Gottes verfasste Kirche hat gute Chancen politischer und gesellschaftlicher Mitgestaltung im demokratischen Staat unter dem Anspruch des „C“. Dabei stellt sich die Frage, wie es einer solchen Kirche gelingen kann, einerseits mit der Vielfalt ihrer kirchlichen Strukturen in der pluralen Gesellschaft präsent zu sein und andererseits für die Vielfalt gesellschaftlicher Strukturen, ihre je spezifischen Probleme, Anliegen und Herausforderungen offen zu sein, ohne das Proprium der kirchlichen Sendung aufzugeben und ohne das Profil der christlichen Botschaft unscharf werden zu lassen. Das Anliegen von *Gaudium et spes*, dass die Kirche eine Kirche in der Welt sei und dass sie eine für die Nöte und Erwartungen der Welt offene Kirche sei, ist ein anspruchsvolles Programm, das nicht geringe Anstrengungen erfordert.

9. Das Konzept, das für eine zeitgerechte Erfüllung des christlichen Weltauftrages und damit für ein gesellschaftliches und politisches Engagement unter dem Anspruch des „C“ im Zentralkomitee der deutschen Katholiken gemeinsam mit den Vertretern aus katholischen Organisationen und diözesanen Räten reflektiert wird, knüpft an den konziliaren Aussagen zum Selbstverständnis der Kirche und ihrer Weltverantwortung an. Die Kurzformel für dieses Konzept lautet: Christliche Zeitgenossenschaft – kritisch und solidarisch. Gemeint ist eine Zeitgenossenschaft mit allen Menschen guten Willens, die sowohl kritisch ist, weil sie auf der unverwechselbaren Botschaft Jesu Christi basiert, als auch solidarisch, weil sie sich – um mit *Gaudium et spes* zu

sprechen – die „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute besonders der Armen und Bedrängten aller Art“ zu Eigen macht.

Das Konzept des heutigen Katholizismus ermöglicht es der Kirche, gesellschaftlich und politisch sowohl unter den Bürgerinnen und Bürgern als auch in ihren Zusammenschlüssen – etwa in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden – und in den gesellschaftspolitisch relevanten Einrichtungen – etwa in Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, sozialen Dienstleistungen – wirksam präsent zu sein. Je stärker sich gesellschaftliche Kräfte und Strukturen in der Kirche entwickeln, desto mehr ist die Kirche mit diesen kirchlichen Kräften und Strukturen in der Gesellschaft präsent. Diese wechselseitige Durchdringung entspricht unter der Voraussetzung der Wahrung christlicher Identität dem biblischen Bild des Sauerteiges und vermeidet die Gefahren einer Ghettobildung, wie sie dem Katholizismus früherer Zeiten als kirchlichem Bollwerk in der Gesellschaft oft nachgesagt wurde. Eine solch kritische und zugleich solidarische Zeitgenossenschaft ermöglicht ein Verhältnis von Kirche und Demokratie, das sowohl der politischen als auch der kirchlichen Lage von heute angemessen ist. Mit diesem Konzept verzichtet der Katholizismus bewusst auf eine eigene Vertretung im parlamentarischen Raum oder auf eine Verbindung mit ausschließlich einer politischen Partei. Der Dialog mit allen Menschen guten Willens führt auf der Ebene der politischen Parteien zu unterschiedlichen Allianzen, je nach intendierten Wegen und Zielen.

10. Wechselnde Allianzen zwischen dem Katholizismus und den politischen Parteien schließen aber nicht aus, dass es in Fragen politischen Handelns und politischer Konzeptionen eine besondere Kooperation zwischen Exponenten des Katholizismus und katholischen Repräsen-

tanten politischer Parteien gibt. Im Gegenteil, dieses besondere Kooperationsverhältnis ist nicht nur nicht ausgeschlossen, es ist erwünscht, ja erforderlich. Denn katholische Christen, die sich in politischen Parteien engagieren und dies aus christlicher Überzeugung und Verantwortung tun, deren Handeln ist gleichzeitig ein Stück kirchliches Handeln, wenn auch kein Handeln im Namen der Kirche, aber doch ein Handeln *als* Kirche, insofern diese Christen Kirche sind und aus diesem Selbstverständnis heraus politisch handeln. Daher sucht das Zentralkomitee der deutschen Katholiken die Kooperation mit ihnen, und deshalb sind im Zentralkomitee auch Vertreter unterschiedlicher Parteien als Mitglieder engagiert.

Mit den katholischen Christen in den politischen Parteien führt die Kirche nicht nur ihren Dialog zwischen Kirche und Welt, sie beteiligt sie vielmehr darüber hinaus an ihrem Dialog zwischen Kirche und Welt auf der Seite der Kirche. Vorsichtiger gesagt: Die Kirche hat diese Katholiken auf kirchlicher Seite an ihrem Dialog zwischen Kirche und Welt zu beteiligen, wenn sie ihr eigenes durch das II. Vatikanische Konzil formulierte Selbstverständnis ernst nimmt.

Dialog zwischen Kirche und „C“-Parteien

11. Es gibt aber nicht nur Christen in unterschiedlichen Parteien, es gibt auch Parteien, die sich ausdrücklich unter den Anspruch des „C“ in der Politik stellen. Aus der Sicht des deutschen Katholizismus ist es gut und wünschenswert, dass es Parteien gibt, die sich in ihrem Selbstverständnis auf christliche Grundlagen beziehen und die ihr Programm am christlichen Menschenbild orientieren. Folglich gibt es über die Kooperation mit Christen in unterschiedlichen Parteien hinaus eine Kooperation mit den Parteien, die sich bewusst unter den Anspruch des

„C“ stellen. Diese Kooperation weist natürlich über die Beteiligung katholischer Politiker am Dialog zwischen Kirche und Welt auf kirchlicher Seite hinaus, und sie reicht erst recht über die wechselnden Allianzen hinaus, die durch die politische Traktandenliste bestimmt werden. Hier geht es um grundsätzliche Fragen des Politikverständnisses, des Verständnisses von Staat und Gesellschaft, des Menschenbildes und der Grundwerte menschlichen Zusammenlebens – kurz um Fragen, die sich im Grundsatzprogramm einer politischen Partei wieder finden. Die in diesem Zusammenhang wesentliche kirchliche Vermittlung des Christlichen liegt natürlich nicht allein beim kirchlichen Lehramt, sondern auch bei allen, die, im gemeinsamen Priestertum verbunden, die Kirche bilden, also auch bei denen, die sich aus ihrem christlichen Selbstverständnis heraus an der Bildung einer Partei beteiligen, die sich unter den Anspruch des „C“ stellt. Sie alle sind an der kirchlichen Vermittlung dessen, was das „C“ in der Politik ausmacht, zu beteiligen. Sie sind also nicht nur auf Seiten der Kirche beim Dialog zwischen Kirche und Welt zu berücksichtigen, sie sind auch beim innerkirchlichen Dialog über das „C“ in der Politik zu beteiligen, so schwierig es sein mag, die hierfür erforderlichen Formen zu finden.

So überzeugend diese Feststellung im Grundsatz sein mag, ihre Verwirklichung in der Praxis trifft auf offene Fragen. Die durch das II. Vatikanische Konzil angestoßenen Entwicklungen im deutschen Katholizismus sind bislang in den „C“-Parteien nicht hinreichend reflektiert worden. Einerseits gibt es zwischen diesen Parteien und dem deutschen Katholizismus eine erhöhte Zusammenarbeit, wie ein Blick auf die personellen Verflechtungen zwischen politischen Mandatsträgern und kirchlich Verantwortlichen im deutschen Katholizismus zeigt. Andererseits kann aber von einer plan-

vollen Beteiligung katholischer Exponenten der „C“-Parteien am innerkirchlichen Dialog über das „C“ in der Politik und damit an der kirchlichen Vermittlung des Christlichen nur in Ansätzen die Rede sein. Am deutlichsten finden sich solche Ansätze in der Arbeit des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Trotzdem ist hier noch manches entwicklungsbedürftig, aber auch entwicklungsfähig. Weder wird in den „C“-Parteien die Notwendigkeit der Beteiligung am innerkirchlichen Dialog zur Genüge erkannt, noch wird in der Kirche eine ausreichende Offenheit für die Beteiligung von Katholiken aus „C“-Parteien am innerkirchlichen Dialog praktiziert. Es handelt sich hierbei um ein Defizit zum Schaden der „C“-Parteien, aber auch zum Schaden der Kirche beziehungsweise des Katholizismus. Die Chance des Dialoges kann man wahrnehmen, solange sie sich bietet, und es ist nicht selbstverständlich, dass sie sich immer bieten wird.

12. Es geht bei der Kooperation und dem Dialog zwischen der Kirche und den „C“-Parteien sowie bei der kirchlichen Beteiligung katholischer Exponenten von „C“-Parteien am Dialog zwischen Kirche und Welt und ihrer Beteiligung am innerkirchlichen Dialog über das „C“ in der Politik nicht nur um politische Programmatik. Es geht auch um christliche Anstöße zum Handeln des Einzelnen wie der Gemeinschaft.

Das „C“ findet zunächst Ausdruck im christlichen Menschenbild sowie seinen weit reichenden ethischen Konsequenzen für die Gestaltung unserer Welt. „Der Gottesglaube nach der Art des Evangeliums bringt aber der Gesellschaft nicht nur zusätzliche Quantitäten ein. Die Substanz des Evangeliums zielt nicht nur auf die Weitung und Intensivierung des Humanen, sondern das eine Frucht des christlichen Glaubens ist. Glaube bringt Horizontenerweiterung. Er wirft auf alle vorfindliche und noch zukünftige Weltwirk-

lichkeit ein neues Licht: Die Hoffnung auf richtiges Leben... Das Christentum bewahrt vor der ‚Diesseitsfalle‘. Es verhilft dazu, den Pfeil der Sehnsucht weiter fliegen zu lassen, als innerweltliche Utopien verheißen und ausmalen können“ (Joaachim Wanke). „Das ‚C‘ muss Stachel sein, innerer Kompass, Widerstand, Widerspruch auch der eigenen Selbstgenügsamkeit gegenüber“ (Annette Schavan). Dass das „C“ in der Politik mehr ist als eine Anreicherung und Vertiefung politischer Programmatik, wird deutlich, wenn man sich aus der Entwicklung des Politischen das Christentum wegdenkt. „Was verschwände mit dem Christentum? Nicht einfach ein Erbe, eine Überlieferung, etwas, was sich notfalls auch säkularisieren ließe, was auch in anderen Gestalten weiterleben könnte. Es verschwände ein Widerlager, ein Element des Widerspruchs, eine Kraft der Interaktion. Es verschwände die Europa und die moderne Welt kennzeichnend prägende Dialektik von Kirche und weltlicher Ordnung. Die Gesellschaft würde sich – wie im Altertum – nur noch um eine einzige Achse bewegen. Einsprüche der Kirche gegen die Welt – und der Welt gegen die Kirche! – blieben wirkungslos. Das könnte entweder zu einem Zustand der Spannungslosigkeit und Langeweile führen, zu einer pragmatisch gedämpften Welt, in der niemand mehr ‚Unmögliches begehrt‘. Es könnten sich aber auch – und das ist wahrscheinlicher – neue Machtkonzentrationen bilden, wie wir sie in den modernen totalitären Regimen erlebt haben. Am Anfang des 21. Jahrhunderts sind beide Möglichkeiten offen. Auch eine dritte Möglichkeit ist denkbar: Dass sich das dialektische Wechselspiel von Kirche und Welt neu belebt“ (Hans Maier).

Es gibt gute Chancen, das dialektische Wechselspiel von Kirche und Welt neu zu beleben. Christen, die sich als authentische Zeugen ihres Glaubens und damit

als lebendige Kirche in Staat und Gesellschaft einbringen, leisten der zukünftigen Entwicklung unserer Welt den von Christen geschuldeten Dienst. Sie leisten damit allerdings auch unserer Kirche den unverzichtbaren Dienst des wechselseitigen Voneinanderlernens. Denn „Politisches und Christliches können nur dann füreinander fruchtbar werden, wenn sie sich aneinander frei geben, wenn sie sich voneinander unterscheiden, um in solcher Unterscheidung Impuls füreinander zu werden. Impuls füreinander: denn auch das Christliche kann in seinem Verständnis und in seiner Realisierung vom Politischen lernen“ (Klaus Hemmerle).

Konsequenzen für die Kirche

Sind auf dem Hintergrund dieser Thesen bereits Konsequenzen struktureller Art in Betracht zu ziehen? Es spricht vieles dafür, diese Frage zu bejahen. Hier sollen lediglich Konsequenzen für die katholische Kirche angedeutet und angeregt werden.

Das „C“ in der Politik bedarf sowohl im Hinblick auf den einzelnen aus christlicher Verantwortung handelnden Politiker als auch im Hinblick auf eine sich unter den Anspruch des „C“ stellende politische Partei der kirchlichen Vermittlung. Wenn katholische Christen ihren Dienst in der Politik aus christlicher Überzeugung und Verantwortung verrichten, also diesen Dienst zwar nicht im Namen der Kirche, aber doch als Kirche leisten, dann wird in der Kirche ein Raum für den Prozess der kirchlichen Vermittlung des „C“ sowie für entsprechende Dialoge und Kooperationen notwendig. Ein solcher Raum ist natürlich in vielfältigen Ansätzen vorhanden: Gespräche der im Auftrag der amtlich verfassten Kirche tätigen Katholischen Büros in Bund und Ländern, Katholikenräte auf allen Ebenen bis zum Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Akademien und Bildungseinrichtungen, Personalverbände und unterschiedlichste Organisationen,

Fachgespräche in höchst verschiedenen kirchlichen Kontexten, Dialogveranstaltungen wie Kongresse, Katholikentage oder Ökumenische Kirchentage. Darüber hinaus sind aber auch planvolle und kontinuierliche Bemühungen notwendig, die es katholischen Unionspolitikern ermöglichen, sich an den Dialogen und Kooperationen zu beteiligen, die im Rahmen des Prozesses der kirchlichen Vermittlung des „C“ erforderlich sind. Diese Bemühungen sollen sich mit den genannten vorhandenen Gesprächen und Initiativen verbinden; sie verstehen sich weder als Konkurrenz noch als Alternative hierzu.

Um die Beteiligung katholischer Unionspolitiker an den innerkirchlichen Dialogen und Kooperationen zu verstärken, wird die Gründung eines katholischen Studienkreises zu theologischen und kirchlichen Grundsatzfragen christlich verantworteter Politik vorgeschlagen. Der Name dieses Studienkreises könnte in Anknüpfung an *Gaudium et spes* „Kirche und Welt“ heißen. Diesem Studienkreis könnten katholische Mitglieder der Unionsparteien und katholische Christen angehören, die die Grundsätze und Ziele der Unionsparteien bejahen und sich am Studium theologischer und kirchlicher Grundsatzfragen einer christlich verantworteten Politik beteiligen wollen. Eine ökumenische Offenheit für die Beteiligung evangelischer Christen wäre selbstverständlich.

Die Initiative zur Gründung des vorgeschlagenen Studienkreises sollte bei dem seit vielen Jahren bestehenden politischen Freundeskreis liegen. Entscheidend ist, die Generation der jüngeren Politiker und politisch Interessierten zu gewinnen; nur

so kann es gelingen, dass der katholische Studienkreis „Kirche und Welt“ ein zukunftsfähiges Instrument katholischer Unionspolitiker wird.

Dass es sich bei dem vorgeschlagenen Studienkreis nicht um einen Kreis innerhalb der Partei oder der Parteien handelt, sondern um einen kirchlichen Kreis, ist notwendig, um innerkirchlich ausreichende Partizipation zu gewährleisten. Es ist aber auch deshalb empfehlenswert, weil sich in der katholischen Kirche zu wenige junge Christen für eine Politik unter dem Anspruch des „C“ interessieren. Hier könnte der Studienkreis zu Veränderungen beitragen. Allerdings schließt der kirchliche Charakter des Studienkreises nicht aus, dass er indirekt auch innerparteiliche Wirkungen entfaltet. Dies liegt auch im wohlverstandenen Interesse der Unionsparteien.

Letztlich hat der katholische Studienkreis zum Ziel, wirksam dazu beizutragen, dass das „C“ politikfähig und dass die Politik „C“-fähig bleibt. Dieses Ziel zu verfolgen ist besonders vordringlich in einer Zeit, die sich auf der Ebene der Religion durch die Entstehung von fundamentalistischen Tendenzen sowohl der unpolitischen als auch der totalitären Spielart auszeichnet und die auf der Ebene der Politik durch einen Verfall des Wertebewusstseins und des Wertekonsenses gekennzeichnet ist. Es mangelt zudem an der Bereitschaft wertorientierter Personen, sich politisch zu engagieren. Christen haben hier eine Bringschuld. Der katholische Studienkreis könnte Christen darin unterstützen, den Dienst zu leisten, den sie der Kirche und der Politik schulden.